

# Rote Karte für Beteiligung am Straßenbau

**GREBENDORF.** Die Resolution an den Hessischen Landtag zur generellen Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen für Anlieger, den die Gemeindevertretung Meinhard vergangene Woche einstimmig verabschiedet hat, wurde von der Fraktion der FWG in das Gemeindepapament eingebracht, nicht wie versehentlich berichtet von der CDU-Fraktion. „Aus unserer Sicht sind auch gemeindliche Straßen Teil der allgemeinen Infrastruktur/ Daseinsvorsorge und sollten daher aus allgemeinen Steuermitteln finanziert werden“, heißt es unter anderem in der Resolution. Auch die FWG im Kreistag will auf der nächsten Kreistagsitzung eine entsprechende Resolution einbringen (wir berichteten).

Auf Antrag der Meinharder CDU-Fraktion soll die bestehende Satzung ausgesetzt werden. Diese Entscheidung wurde in den Hauptausschuss verwiesen. (salz)



**Rote Karte für Satzung: ÜWG fordert Abschaffung.** Foto: salz